

Antrag

**der Abgeordneten Katharina Fegebank, Dr. Stefanie von Berg, Phylliss Demirel,
Christa Goetsch, Dr. Eva Gümbel (GRÜNE) und Fraktion**

Betr.: Gesellschaftliche Anerkennung des Ehrenamts durch die Ehrenamtskarte stärken

In Hamburg sind rund 460.000 Menschen ehrenamtlich aktiv und engagieren sich für die Gesellschaft. Die Bereitschaft, sich im Sinne des Gemeinwohls für die Gesellschaft einzusetzen und in den verschiedensten Bereichen einzubringen, ist in der Hansestadt stark ausgeprägt. Ohne das tägliche ehrenamtliche Engagement der Hamburgerinnen und Hamburger wäre die Stadt eine andere. Viele Angebote im sozialen Bereich oder im Sport würde es ohne die tatkräftige Unterstützung der ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer nicht geben. Es wird Zeit, dass die gesellschaftliche Anerkennung des ehrenamtlichen Engagements gestärkt wird.

Laut des Freiwilligensurvey von 2009 wünschen sich 25 Prozent der Ehrenamtlichen eine stärkere gesellschaftliche Anerkennung. In Hamburg gibt es derzeit den „Hamburger Nachweis“, der das ehrenamtliche Engagement und die damit erlernten Fähigkeiten bestätigt. Er drückt jedoch nicht unmittelbar die gesellschaftliche Anerkennung aus, wie zum Beispiel die bereits eingeführte Ehrenamtskarte in Schleswig-Holstein.

Dort können Ehrenamtliche die „Ehrenamtskarte“ bekommen, wenn sie in einer gemeinnützigen Organisation in Schleswig-Holstein tätig sind, sich mindestens 250 Stunden beziehungsweise durchschnittlich fünf Stunden pro Woche in den letzten zwei Jahren ehrenamtlich engagiert haben und für ihre Tätigkeit kein Geld erhalten haben und mindestens 16 Jahre alt sind. Die Ehrenamtskarte wird vom Ministerium für Soziales, Gesundheit, Familie und Gleichstellung getragen und gemeinsam mit dem EhrenamtNetzwerk verwaltet. Durch die Ehrenamtskarte erhält man viele Vergünstigungen bei Angeboten der Bonuspartner, die sich dadurch bei den Ehrenamtlichen bedanken wollen.

Mit einer Hamburger Ehrenamtskarte könnte auch Hamburg die gesellschaftliche Anerkennung für ehrenamtliches Engagement bekräftigen.

Die Bürgerschaft möge daher beschließen:

Der Senat wird aufgefordert,

1. eine Ehrenamtskarte nach dem Vorbild der Ehrenamtskarte Schleswig-Holsteins bis zum 31.10.2014 einzuführen.
2. bereits vor der Einführung gemeinnützige Organisationen über die Ehrenamtskarte zu informieren.
3. bereits vor der Einführung geeignete und attraktive Bonuspartner in Hamburg für die Ehrenamtskarte zu werben.
4. zu prüfen, ob der HVV bereit wäre, als Bonuspartner im Rahmen der Ehrenamtskarte besondere Angebote für ehrenamtlich Engagierte anzubieten,
5. der Bürgerschaft bis zum 15.10.2014 zu berichten.